

«Ein Entscheid von historischer Tragweite»

Der Badener Einwohnerrat sagt einmütig Ja zur Strategie für das Museum Langmatt. Der Swisslos-Fonds beteiligt sich mit einer Million Franken.

Andreas Fahrländer

Das Museum Langmatt hat seit Mittwochabend wieder eine gute Zukunft vor sich. Der Badener Einwohnerrat sprach sich fast in allen Punkten einstimmig für die vorgelegte «Strategie Zukunft Langmatt» aus. Das Traktandum war mit Spannung erwartet worden und lockte auch viele Zuschauer ins Trafo. Die historische Villa mit ihrer Gemäldesammlung muss genauso saniert werden wie die Stiftung, die das Museum betreibt. Dafür sind jetzt die Weichen gestellt – das Museum selbst spricht von einem Entscheid von historischer Tragweite.

Stadtrat und Kulturvorsteher Erich Obrist (parteilos) konnte gleich zu Beginn der Beratung am Mittwochabend eine erfreuliche Mitteilung machen: Der Swisslos-Fonds des Kantons entsprach einem Gesuch der Stiftung Langmatt, sich mit einer Million Franken an der weiteren Planung zu beteiligen – vorausgesetzt, dass der Einwohnerrat der Vorlage zustimme.

Bilderverkauf als alternativloser Schritt

Mischa Brandmaier (FDP), Präsident der Strategiekommision, sagte, der Sanierungsbedarf der Langmatt sei unbestritten. Es tropfe ins Haus, es gebe keinen Zweifel, dass man rasch etwas unternehmen müsse. Die Kommission habe den geplanten Bilderverkauf anfänglich kritisch betrachtet, aber dann festgestellt, dass man das gesetzte Ziel nicht anders erreichen könne.

Der Kern der Strategie ist eine klare Verteilung zwischen Stadt und Stiftung: Als Stifterin

und Alleinerbin leistet die Stadt einen substanziellen Beitrag an die dringend nötige Renovation des Gebäudes, die derzeit mit rund 17 Millionen Franken beziffert ist. Als Betreiberin des Museums saniert die Stiftung zugleich ihre Finanzen. Dafür müssen ein bis drei Bilder aus der Sammlung verkauft werden, um rund 40 Millionen Franken an Kapital aufzubringen. Die Langmatt soll so als historisches Ensemble und als Ort der Badener Identität erhalten bleiben.

Von links bis rechts einhelliges Lob

Markus Rausch, Präsident der Finanzkommission, strich die geglückte Zusammenarbeit der Stiftung Langmatt mit der städtischen Abteilung Kultur und dem Stadtrat heraus. Die Verteilung auf das «magische Dreieck: Stadt Baden – Stiftung Langmatt – AG Langmatt» sei sinnvoll. Die AG soll in Zukunft für den Unterhalt der Liegenschaft aufkommen, während die Stiftung für den Betrieb des Museums zuständig ist. Gleich vier Votanten aus dem Rat sprachen davon, dass der «Gordische Knoten um die Langmatt» endlich zerschlagen sei. Von links bis rechts gab es einhelliges Lob.

Stadtrat Erich Obrist ergänzte, die Langmatt sei ein schönes, aber auch ein schwieriges Erbe, das mit grosser Verantwortung verbunden sei. Er hoffe, dass die Badener Politik geschlossen in die Volksabstimmung gehen könne. Er fand Gehör: Alle fünf Anträge zur Langmatt nahm der Einwohnerrat einstimmig oder mit sehr grosser Mehrheit an.

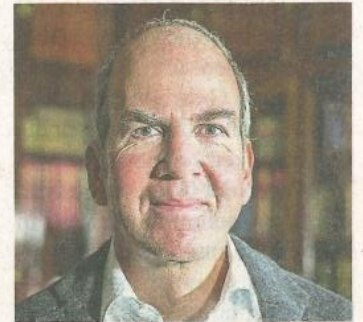
Langmatt-Direktor Markus Stegmann sagt zum Resultat:



Der erste Schritt in eine bessere Zukunft ist getan: Das Museum Langmatt in Baden.

Bild: zvg

«Dieses klare Bekenntnis zur Kulturstadt Baden ist in Zeiten angespannter Haushalte nicht selbstverständlich.»



Markus Stegmann
Direktor Museum Langmatt

«Ich bin erleichtert über den Entscheid des Einwohnerrats. Es ist nicht selbstverständlich, dass in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte ein klares Bekenntnis zur Kultur und zur Kulturstadt Baden geleistet wird. Ich freue mich über das Vertrauen des Einwohnerrats.»

Als nächste Etappe folgt nun eine rund zweijährige Bauplanungsphase mit dem Ziel, die Kostengenauigkeit der Gebäuderenovation zu präzisieren. Dies ist eine Voraussetzung für die erforderliche Volksabstimmung, die für 2023 erwartet wird. Daran schliesst sich der Bilderverkauf an. Der Beginn der Renovation könnte dann 2024 erfolgen, die Wiedereröffnung der neuen Langmatt 2026.

Klares Ja zur Immobilienstrategie der Stadt

Auch die vorgelegte Boden- und Immobilienstrategie des Stadtrats wurde am Mittwoch vom Einwohnerrat mit viel Wohlwollen bedacht. Darin steht unter anderem, dass die Stadt keinen Boden mehr verkaufen darf, und wie sie ihre Liegenschaften und Grundstücke fortan entwickeln will. Mischa Brandmaier (FDP) sagte als Präsident der Strategiekommmission, die Strategie sei vorbildhaft ausgearbeitet. Fritz Bosshardt (Team), der 2017 zusammen mit Sarah Wiederkehr (CVP) in einer Motion eine entsprechende Strategie forderte,

sagte, das Team sei nicht begeistert gewesen von der Vorlage. «Es handelt sich hier nicht um Quantenphysik, sondern um eine grundlegende, normale Art der Immobilienverwaltung. Bisher hat die Stadt als Immobilienbesitzerin viel zu passiv gehandelt.» Die Stadt habe rund 700 Millionen Franken an Immobilienvermögen, aber auch mit diesem Dokument immer noch keine genügend detaillierte Strategie. Karim Twerenbold (CVP) fügte an, man könne endlich eine Professionalisierung im Umgang mit den Immobilien

erkennen, das sei erfreulich. Hansruedi Stauffacher (SP) forderte, der Einwohnerrat müsse unbedingt weiterhin mitreden können bei der Boden- und Immobilienpolitik der Stadt. Der Immobilienvorsteher und Stadtrat Philippe Ramseier (FDP) erklärte schliesslich, mit dieser Strategie könne man endlich effizienter und effektiver mit den Grundstücken und den Immobilien der Stadt umgehen. Der Einwohnerrat genehmigte die Strategie einstimmig. Den dazugehörigen Masterplan nahm der Rat zur Kenntnis. (af)